

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1.80 RM. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 15 R.-Pfg., von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3 gesp. Kleinzeile 45 R.-Pfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 10 R.-Pfg., Nachweise und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 9. Postkontonummer Amt Leipzig Str. 4480. Bankkonto: Vereinsbank zu Leipzig, Filiale Waldenburg. Stadtdirektion Waldenburg 90. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (D. Z. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 2. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedemann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Ernst Friedemann; in Penitz bei Firma Wilhelm Dahlow in Sieselheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursachen hat der Verleger keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung ohne Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch den Sprecher angegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwintel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Sieselheim.

Nr. 79

Freitag, den 3. April 1931

53. Jahrgang.

## Die thüringischen Minister Fric und Marschler zurückgetreten.

Der Aeltestenrat des Reichstags ist für den 8. April zu einer Sitzung einberufen worden.

Die Fingulie Berlin-Rom ist gestern eröffnet worden.

Die Wahl des früheren Danziger Senatspräsidenten Dr. Sahn zum Oberbürgermeister von Berlin scheint gesichert zu sein.

Der nationalsozialistische Gruppenführer Ost, Hauptmann Stennes, ist seiner Dienststellung enthoben worden.

In Trier wurde ein leichtes Erdbeben wahrgenommen.

Im Thüringer Landtag wurde der sozialdemokratische Mißtrauensantrag gegen Dr. Fric und Marschler angenommen.

Oesterreich hat die Handelsverträge mit Jugoslawien und Ungarn gekündigt.

Mit der wirtschaftlichen Zollunion will Frankreich einverstanden sein, falls Deutschland auf den Anschluß verzichtet.

Die Linke der französischen Kammer protestiert gegen die Zollunion.

Auf eine italienische Schule wurde ein Anschlag verübt.

Rußland sucht Ingenieure zur Einrichtung von Fabriken.

Bei dem Erdbeben in Nicaragua kamen 2500 Menschen um.

Waldenburg, 2. April 1931.

Bis in die stille Karwoche hinein haben sich in diesem Jahre die internationalen Auseinandersetzungen hingezogen. Die Veranlassung dazu bot der deutsch-österreichische Zollvorvertrag, der das Entente-lager in helle Aufregung versetzt hat. Von Paris bis Prag erhob sich das Entrüstungsgeräusch über das Unterfangen Deutschlands und Oesterreichs, die wirtschaftliche Verbundenheit der beiden Staaten durch Befestigung der Zollschranken noch enger zu gestalten. Die französische Sekspresse malte den „kalten Anschluß“ als Schreckgespenst an die Wand und stellte Deutschland wieder einmal als den Störenfried hin, der das Paneuropa-Werk des „Friedensfürsten“ Briand durch seine Extratour in höchste Gefahr gebracht habe. Tatsächlich ist die Verärgerung des französischen Außenministers nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß das „besiegte“ Deutschland sich erhebt und die phantastischen Ideen Briands in die Welt der Wirklichkeit hinabzuwerfen. Sätte Frankreich die Zusammenlegung benachbarter Länder zu einem einheitlichen Zollgebiet in Vorschlag gebracht, dann müßte sich die Welt vor Freude überschlagen. Durch Deutschlands Vorgehen aber fühlt sich Briand in seinem Stolz gekränkt; darum die ganze Staatsaktion, bei der der englische Außenminister Henderson als Strohmann Briands nicht gerade eine glänzende Rolle spielt.

Auf der Maitagung des Völkerbundesrates soll nun die ganze Angelegenheit in Gens behandelt werden. Deutschland hat allerdings sofort betont, daß nur die juristische Seite der deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen nachgeprüft werden kann. An und für sich ist ja diese Revidierung völlig überflüssig, denn Schöber und Curtius haben wohlweislich von vornherein alles vermieden, was irgendwie als Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen angesehen werden könnte. Aber um dem Konflikt jede Schärfe zu nehmen und eine Entspannung in der bisher so leidenschaftlichen Auseinandersetzung zu schaffen, hat sich der deutsche Außenminister einer Diskusion über den Wiener Vertrag nicht widersetzt. Eine politische Behandlung dieses Wirtschaftsvertrages jedoch kann Deutschland im Rate nicht zulassen; die deutsche Abordnung wird daher alle Versuche, die zweifellos von der Gegenseite unternommen werden dürften, mit aller Entschiedenheit zurückweisen müssen.

Mit großer Entrüstung hat man sich in Paris und London über die Art der Bekanntgabe der Zollunion ausgehalten. Auch diese Aufregung war völlig zwecklos.

Der Vertrag ist ja noch gar nicht abgeschlossen, und über die Richtlinien für die geplante Zollunion sind die fremden Regierungen von uns in voller Loyalität unterrichtet worden. Außenminister Dr. Curtius konnte daher mit allem Recht sagen, daß Deutschland keineswegs daran gedacht hat, die Welt mit einem politischen Schachzug zu überraschen, der geeignet wäre, die allgemeinen europäischen Bestrebungen zu verwirren. Wenn Dr. Curtius die Anwürfe der Gegenseite mit der gleichen Schärfe hätte zurückweisen wollen, dann hätte er darauf hinweisen können, daß Frankreich seit Monaten bemüht ist, in Verhandlungen, an denen Deutschland ebenso wenig beteiligt ist, wie es über sie unterrichtet wird, eine Einheitsfront gegen den deutschen Wunsch nach Erfüllung der Abrüstungsbedingungen des Diktates von Versailles herzustellen und die Abrüstungskonferenz vor vollendete Tatsachen zu stellen! Ein deutlicher Hinweis auf dieses zweierlei Maß hätte in Paris und London vielleicht mehr Eindruck gemacht als alle Entschuldigungsbeurteilungen und Rechtfertigungsreden.

Am den inneren Frieden hat es ebenfalls heftige Auseinandersetzungen gegeben. Ankündigungen, daß die Reichsregierung beabsichtige, den kulturrevolutionären Strömungen, die unser innerstaatliches Leben in wachsendem Maße beeinträchtigen und gefährden, nachhaltig entgegenzutreten, waren in den letzten Wochen von zuständiger Stelle mehr als einmal zu vernehmen. Die Reichsregierung hat es aber für geboten gehalten, zunächst durch die Verabschiedung des Reichshaushalts die Sicherheit der staatlichen Arbeiten nach allen Richtungen zu schaffen, und vielleicht war ihr auch ein besonderer Anlaß für die Verkündung und Inkraftsetzung besonderer Maßnahmen erwünscht. Zweifellos bieten die Androhungen, die für die Osterfeiertage antireligiöse Demonstrationen überall im Reiche in Aussicht stellen, einen solchen Anlaß, und zwar einen besonders ernsten. Man kann es verstehen, daß die Regierung in ihrem Wunsch, die innerpolitischen Dinge in Ordnung zu bringen, entschlossen ist, Zustände nicht länger zu dulden, die nicht nur das eigene Volk zersetzen und zerfleischen, sondern die nach außen hin berechtigte Zweifel an dem kulturellen Stand Deutschlands erwachen lassen. Ob die Notverordnung, die der Reichspräsident unmittelbar nach der Vertagung des Reichstags bis zum Herbst erlassen hat, der richtige Weg zur Bekämpfung der unbestreitbaren Mißstände war, darüber gehen die Meinungen auseinander. Namentlich in Rechtskreisen hegt man die Befürchtung, daß die Notverordnung nur allzu leicht von untergeordneten Polizeiorganen zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden kann. Von der Reichsregierung wird allerdings bestritten, daß das Stahlhelm-Volksbegehren durch die Notverordnung beeinträchtigt werden soll.

### Mißtrauensvotum gegen Dr. Fric.

Deutschnationales Regierungsmitglied tritt zurück.

Weimar, 2. April.

Der Thüringische Landtag nahm nach stürmischer Aussprache die sozialdemokratischen Mißtrauensanträge gegen die nationalsozialistischen Regierungsmitglieder, Minister Dr. Fric und Staatsrat Marschler, mit 7 Stimmen Mehrheit an. Für die Anträge stimmten die Kommunisten, Sozialdemokraten, Staatspartei und Deutsche Volkspartei, die 29 Stimmen vereinigen konnten, während Deutschnationale, Wirtschaftspartei, Landvolk-Partei und Nationalsozialisten mit 22 Stimmen dagegen stimmten. Zwei Abgeordnete fehlten.

Nach den Abstimmungen gab Präsident von Thümmel bekannt, daß das deutschnationale Regierungsmitglied, Staatsrat Rie, nach Annahme der Mißtrauensanträge seinen Rücktritt erklärt habe. Die nationalsozialistischen Regierungsmitglieder haben nun, da ihnen das Vertrauen vom Landtag entzogen ist, zurückzutreten.

Am 14. April wird der Landtag wiederzusammen-

treten, um die Ergänzungswahlen vorzunehmen, sofern die Verhandlungen der Parteien über die Regierungsneubildung bis dahin zu einem Ergebnis gekommen sind. Weiter soll am 14. April die Haushaltsberatung beginnen.

### Fric und Marschler zurückgetreten.

Nach der Annahme der Mißtrauensanträge im Thüringer Landtag haben Staatsminister Dr. Fric und Staatsrat Marschler in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten ihren Rücktritt erklärt.

Die Nationalsozialisten haben eine Massendemonstration einberufen, in der Adolf Hitler sprechen wird.

### Stennes seiner Stellung enthoben.

Oberleutnant Schulz sein Nachfolger.

München, 2. April.

Im „Völkischen Beobachter“ erläßt der Chef des Stabes, Köhm, folgende Verfügung:

„Der Gruppenführer Ost, Hauptmann Stennes, ist ab 1. April 1931 seiner Dienststellung enthoben und gilt bis auf weiteres als beurlaubt. Hauptmann Stennes hat zu wiederholten Malen eine Einstellung bekundet, die den Richtlinien der obersten SA-Führung zuwiderläuft, und zuletzt in einer Besprechung mit den Standartenführern Auslassungen gemacht, die geeignet sind, die Bewegung zu gefährden. In der augenblicklichen Lage ist es daher nicht tragbar, diesen Führer weiter an verantwortlicher Stelle zu belassen. Mit der kommissarischen Führung der Gruppe Ost wird Oberleutnant Schulz-Steffin beauftragt. Von allen Parteiblättern nachzudrucken.“

Welche Auswirkung die Absetzung des Hauptmanns Stennes auf die NSDAP haben wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Eine Stellungnahme aus Berliner Kreisen der NSDAP liegt noch nicht vor, weil sich Dr. Goebbels zurzeit auf der Reise von Dresden nach Weimar befindet. Stennes betrachtet sich jedenfalls, wie aus einer Stellungnahme des Berliner „Angriffs“ hervorgeht, bis zur Klärung der Angelegenheit nicht als abgesetzt.

### Schwere Vorwürfe gegen Hitler

Berlin, 2. April.

In einer Versammlung der Vertrauensleute der Berliner SA wurde eine Entschlieung gefaßt, in der Hitler u. a. Flucht vor der Verantwortung, Abschließung hinter einem Apparat verbonzter Parteifunktionäre, Behagen an chaotischer Unordnung und an byzantinischen Geschmacklosigkeiten, Aufgabe der ursprünglichen Ziele usw. vorgeworfen wird. Die Entschlieung endet mit den Worten: Wir haben unseren Führer Stennes beauftragt, alle Schritte zu ergreifen, um die SA in gewohnter Disziplin zusammenzuhalten. Unsere Führer haben für den einzuschlagenden Weg unsere absolute Vollmacht. Wir kämpfen nicht für Partei und Bonzen, sondern allein für Deutschland.

### Waffenring Stennes-Stahlhelm?

Berlin, 2. April.

Zum Kampf in der NSDAP waren bei nationalsozialistischen Führern Gerüchte verbreitet, wonach Stennes als Führer der SA versuchen wolle, in den nächsten Tagen mit dem Stahlhelm über die Möglichkeit zu verhandeln, einen Waffenring zu schließen. Ob diese Pläne sich werden verwirklichen lassen, bleibe allerdings noch abzuwarten. Von großer Bedeutung für die Entwicklung der Auseinandersetzungen bei den Nationalsozialisten werde die Haltung sein, die der sächsische SA-Führer Klinger einnehme, der mit Stennes persönlich nahe befreundet sei und erst vor wenigen Tagen in Berlin weilte. Falls Klinger sich dem Vorgehen von Stennes anschließe, wäre die Klare Scheidung der ganzen Bewegung zu erwarten.

Ueber die Frage, welche Haltung Dr. Goebbels Stennes gegenüber jetzt einnehmen werde, verlautete noch nichts Positives, da in der Berliner NSDAP-Zentrale zwar auch die Gerüchte über die Verschöpfung von Dr. Goebbels nach Wien umliefen, eine sichere Nachricht nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und München aber von den Stennes-Leuten noch nicht zu erlangen gewesen sei.